



Junge Liberale

Weinheim – Schriesheim

Positionspapier zur Ausbildungsplatzabgabe

[29. November 2003]

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD- Linke, Vertreter der Grünen und der Gewerkschaften fordern die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden.

Hintergrund dieser Forderung ist ein Mangel an Ausbildungsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Oktober 2003 fehlten nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 24.000 Ausbildungsplätze. Die tatsächliche Lücke ist jedoch noch größer, da nicht jeder Bewerber für jede der noch offenen knapp 14.000 Lehrstellen in Frage kommt. Darüber hinaus werden mehrere tausend Jugendliche in Auffangmaßnahmen geparkt, die in der offiziellen Statistik nicht auftauchen. Der tatsächliche Mangel an Ausbildungsplätzen ist also durch die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit nicht annähernd ersichtlich. Hier wird bewusst verschleiert um die Bürgerinnen und Bürger der Republik nicht mit neuen wirtschaftlichen Schreckensmeldungen zu schockieren.

Eigentlich, so sollte man meinen, sind die Gründe für die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der deutschen Unternehmen allseits bekannt. Auf der einen Seite verhindern hohe Belastungen mit Steuern und Abgaben und Berge an bürokratischen Anforderungen potentielle neue Ausbildungsplätze. Auf der anderen Seite sind einige der jugendlichen Bewerber aufgrund fehlender Kompetenzen in teilweise schwierigen und komplexen betrieblichen Arbeitsprozessen gar nicht einsetzbar. Diesen Jugendlichen fehlen also schon die notwendigen Voraussetzungen für eine Einstellung in einem Wirtschaftsunternehmen, was nicht zuletzt Folge eine verfehlten Bildungspolitik in einigen Bundesländern ist.

Diesen fundamentalen Zusammenhang scheinen jedoch einige politisch Linke immer noch nicht verstanden zu haben. Sie fordern eine Ausbildungsabgabe von Betrieben, die keine oder zu wenig

Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Nach Plänen der SPD könnte im Februar 2004 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden. Wenn die Genossinnen und Genossen also nicht mehr weiterwissen, erfinden sie neue Abgaben und zusätzliche Behörden. Diese sind teuer, ineffizient und bürokratisch und sollen den kurzfristigen Eindruck erwecken, das man die bestehenden Probleme anpackt. Demnach soll die Ausbildungsabgabe in einen Fonds auf Bundesebene eingezahlt werden. Höhe und Verwendung der Strafabgabe stehen derzeit noch nicht fest. Die Umlagesumme müsste jährlich nach Bedarf neu festgelegt werden. In jedem Fall müsste in jedem Jahr am 30. September eine mindestens erforderliche Ausbildungsquote, festgelegt werden. Diese zeigt das Verhältnis zwischen Auszubildenden und der Gesamtzahl der Beschäftigten an.

Das dies wirtschaftspolitischer Unsinn ist, der dem Standort Deutschland im globalen Wettbewerb schadet, sollte eigentlich jeder erkennen, der mit einem Minimum an gesundem Menschenverstand ausgerüstet ist. Selbst Bundeswirtschaftsminister Clement (SPD) gilt als Gegner der Ausbildungsplatzabgabe. Genau das, was unsere deutsche Wirtschaft lähmt, nämlich zu hohe Abgaben und bürokratische Regelungsflut, soll jetzt plötzlich als Heilmittel für die Ausbildungsplatzmisere herangezogen werden.

In der Praxis würde die Regelung folgendes bewirken:

- Das duale System in Deutschland würde zunehmend einer staatlichen Ausbildung gleich kommen, die aus von Planwirtschaft geprägten DDR Zeiten, nicht unbekannt ist. Innerhalb des dualen Systems bilden die Unternehmen dort aus, wo zukünftig Fachkräfte benötigt werden. Eine staatliche Ausbildung, die sich an der Nachfrage der Schulabgänger orientiert, läuft am Bedarf vorbei und führt mittel- bis langfristig in die Planwirtschaft.
- In Zeiten einer sich langsam erholenden Konjunktur und eher durchwachsenen Unternehmenszahlen verhindert die Abgabe eine Genesung der Unternehmen. Besonders finanzschwache Unternehmen, die, um aus den roten Zahlen heraus zu kommen, Kosten sparen müssen und deshalb kurzfristig keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, wird geradezu ins Bein geschossen. Diese Betriebe werden entmutigt und die Grundlage für ein Weiterbestehen verringert.
- Im Gegensatz dazu können finanziell gut dastehende Firmen auf die Ausbildung gänzlich verzichten und sich, unter Zahlung der entsprechenden Abstandssumme, aus der Ausbildung verabschieden. Diese Betriebe würden sich also von der Ausbildung

freikaufen können, weil dies kurzfristig für sie rationaler erscheint. Sie würden darauf vertrauen, dass nun andere für sie ausbilden.

- Es entsteht ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand und damit verbunden auch Kosten, sowohl bei den Unternehmen als auch innerhalb der staatlichen Verwaltungen.
Bis heute ist unklar, wer die Abgaben auf Seiten der Verwaltung einziehen soll und wie hoch diese im Einzelfall ausfallen. Ebenfalls unklar ist, wie man Firmen behandeln soll die zwar Lehrstellen anbieten, aber keine passenden Bewerber finden oder wie soll man mit Firmen umgehen, die aufgrund ihrer Spezialisierung gar nicht ausbilden dürfen. Klar ist jetzt schon, dass diese Probleme einer solchen Abgabe nur mit Einzelfallregelungen begegnet werden kann. Diese sind dann extrem teuer. Schließlich muss ja auch alles genau überprüft werden.
Bei den Unternehmen würde sich durch den zusätzlichen Verwaltungsaufwand das Insolvenzrisiko noch weiter dramatisch verschärfen. Weitere Arbeits- und Ausbildungsplätze wären also gefährdet.
- Es ist unmöglich die Abgabe, wie geplant im September festzusetzen, weil verlässliche Zahlen erst zum Jahreswechsel vorliegen.
- Neugründungen von Unternehmen wird angesichts neuer bürokratischer Berge und Abgaben bereits in der Startphase der Wind aus den Segeln genommen werden.
- Deutsche Unternehmen werden ein Stück ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Es wird also zu einer weiteren Abwanderung international agierender Unternehmen hinaus aus Deutschland kommen. Ausländische Unternehmen werden sich bei uns erst gar nicht ansiedeln.
- Das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft wird sich weiter verschlechtern. Gerade den Mittelständlern war es bisher immer eine besondere Ehre über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Derzeit werden dort acht von zehn Azubis ausgebildet. Die Abgabe würde ihnen aber vor den Augen der Bevölkerung eine böswillige mangelnde Ausbildungsbereitschaft bescheinigen. Der Populismus der Bundesregierung hat schon jetzt das Klima innerhalb der Wirtschaft vergiftet.
- Mittelständler können oft ungewollt derzeit keine Ausbildungsverträge unterzeichnen, weil bei der schlechten wirtschaftlichen Lage es noch gar nicht feststeht, ob das

Unternehmen noch für die Dauer der etwa dreijährigen Lehrzeit überleben kann.

- In bei den Jugendlichen unbeliebten Branchen können Unternehmer nicht ausbilden, weil sie keine Lehrlinge finden. Diese Betriebe wären dann durch die Zwangsumlage doppelt bestraft.
- Die Qualität der Ausbildung würde sich zum negativen verändern. Einige Betriebe würden sicherlich nur deshalb einstellen, um die entsprechende Abgabe zu vermeiden. Die Pechvögel wären dann die Azubis.
- Bei den Jugendlichen selbst würde die Regelung zu einem weiteren Abbau der individuellen Leistungsbereitschaft führen. Wieso sollte man sich in der Schule anstrengen, Praktika absolvieren und sich außerschulisch weiterbilden, wenn der Staat die Unternehmen quasi eh verpflichtet die Jugendlichen einzustellen?
- Auch in der Praxis ist die Ausbildungsplatzabgabe bereits gescheitert. So führte beispielsweise die deutsche Bauwirtschaft eine Ausbildungsplatzumlage ein. Die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge sank daraufhin zwischen 1994 bis zum Jahr 2002 von ca. 20 000 auf 9 000.

Aufgrund dieser Nachteile lehnen wir Julis eine einseitige Verantwortung der Arbeitgeber zur Schaffung von Lehrstellen ab. Im Gegenzug erachten wir es vielmehr für eine Bringschuld der Politik die ökonomische Basis für mehr Lehrstellen zu verbessern und dafür zu sorgen, dass die Schulabgänger auch in ausreichendem Maße ausbildungsfähig sind. Hier sind verstärkte Investitionen in den Bildungsbereich dringend erforderlich. Für uns ist die mangelnde schulische Ausbildung der Jugendlichen der eigentliche Grund für die derzeitige Misere auf dem Ausbildungsmarkt.

Auch eine Reduzierung der erdrückenden Bürokratie- und Abgabenlast der Unternehmen ist dringend erforderlich. Unseres Erachtens ist zur Sicherung eines ausreichenden Lehrstellenangebotes ein Abbau von Ausbildungsplatzhemmnissen notwendig. Dies soll über eine Modernisierung der Ausbildungsplatzordnungen, über eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanzpolitik sowie über eine Senkung der Lohnnebenkosten geschehen.